

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.349.654

Wien, 14.6.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 14884/J des Abgeordneten Wurm betreffend Milliarden-Grab: EU bestellte um unser Geld neun(!) Corona-Impfungen pro Bürger** wie folgt:

Frage 1:

Haben Sie als zuständiger Gesundheitsminister dieser aktuellen Covid-19-Impfstoffbeschaffung zugestimmt?

a. Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Rahmen (mündlich, schriftlich)?

Der gegenständliche Vertrag mit den Impfstoffherstellern BioNTech und Pfizer wurde bereits im Mai 2021 von der Europäischen Kommission im Auftrag und Namen der Mitgliedstaaten abgeschlossen. Auch Österreich hat der damaligen Covid-19-Impfstoffbeschaffung zugestimmt und eine verpflichtend abzunehmende Menge an Impfstoff bestellt.

Aufgrund der geänderten Umstände wurden auf Wunsch der Mitgliedstaaten auf EU-Ebene Verhandlungen mit den Impfstoffherstellern geführt, um die Verträge anzupassen. Dies ist auch im Sinne meiner mehrfach wiederholten Forderung, mehr Flexibilität von den Impfstoffherstellern zu verlangen.

Die Verhandlungen konnten nunmehr erfolgreich abgeschlossen werden. Da das ausgehandelte Ergebnis für Österreich eine deutliche Besserstellung zum Status quo ante darstellt, haben wir den Vertretern der Europäischen Kommission im Lenkungsausschuss (Steering Board) am 25.05.2023 schriftlich unsere Zustimmung mitgeteilt.

Frage 2:

Welche Beamten des BMSGPK vertreten aktuell die Interessen der Republik Österreich bzw. des BMSGPK in Fragen der Covid-19-Impfstoffbeschaffung?

Die Interessen der Republik verteidigt in meinem Haus die zuständige Sektionschefin Dr.in Katharina Reich. Zusätzlich ist das BKA mit einem Sitz im Steering Board vertreten.

Frage 3:

Haben Sie oder einer Ihrer grünen Vorgänger-Gesundheitsminister Rudolf Anschober bzw. Dr. Wolfgang Mückstein zu irgendeinem Zeitpunkt gegen die Intransparenz der Covid-19-Impfstoffbeschaffung durch die EU protestiert und die Offenlegung der Vertragsinhalte verlangt?

- a. Wenn ja, wann und in welcher Form?*
- b. Wenn nein, warum nicht?*

Die Veröffentlichung von Vertragsinhalten gemäß VO (EG) 2001/1049 obliegt der EK, die sich vertraglich verpflichtet hat, diesbezüglich das Einvernehmen mit den Herstellern zu suchen. Geschwärzte Fassungen der Verträge sind unter https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/coronavirus-response/public-health/eu-vaccines-strategy_en#documents einsehbar.

Die Forderung nach mehr Transparenz und die Veröffentlichung ungeschwärzter Verträge wurde im Rahmen von politischen Gesprächen und auch medial wiederholt gestellt. Diese Forderung wurde vonseiten der EK in die Verhandlungen eingebracht, von den Herstellern jedoch unter Verweis auf die in den bestehenden Verträgen enthaltenen Bestimmungen sowie auf ihre Interessen zur Geheimhaltung abgelehnt.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

